

Haushaltsrede 2005/2006

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
liebe Bürgerinnen und Bürger,
sehr geehrte Damen und Herren,

um es vorweg zu nehmen, die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bergheim lehnt den vorliegenden Haushaltsentwurf ab.

Unsere Gründe für diese Ablehnung sind:

- Die beabsichtigte Privatisierung der Reinigungskräfte
- Die Erhöhung der Zinsen im Gebührenbereich allein zum Haushaltsausgleich
- Die Missachtung des Bürgerforums in der Position der Jugendzentren
- Die beabsichtigte Veräußerung von Spielplatzflächen, ohne konkrete Flächen benennen zu wollen
- Die Erhebung von Nutzungsentgelten für die Vereine, ohne mit diesen überhaupt verhandelt zu haben
- Die Weigerung der Mehrheitsfraktionen, eine deutliche Einsparung bei den Sitzungsgeldern und beim Verdienstausschlag mit zu tragen.
- Die Fortführung der Stadtwerke Bergheim GmbH, als wirtschaftlich ungünstigste Betriebsform.

Doch bevor jetzt konkrete Ausführungen folgen, seien einige Vorbemerkungen erlaubt.

Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei der diesjährigen Haushaltsverabschiedung wurde von der SPD im Rahmen des Kommunalwahlkampfes gefordert und folgerichtig auch später mit beschlossen.

Dass die Verwaltung aber alleine die Vorgaben macht, wie diese Bürgerbeteiligung aussieht, war so nicht gedacht.

So hätten wir gerne bei der Konzeption und Terminierung der Bürgerbeteiligung, vielleicht im Rahmen des Bürgerausschusses, gemeinsam mit den anderen Fraktionen mitgewirkt.

Als absolut undemokratisch müssen wir daher die Vorgehensweise der Bürgermeisterin bezeichnen, die noch nicht einmal Fragen zuließ, als es um die Vorstellung des von der Verwaltung ausgearbeiteten Konzeptes zur Bürgerbeteiligung ging.

So war für uns auch abschließend nicht feststellbar, ob die Terminierung des Bürgerforums einen Tag hinter der „offiziellen Einspruchsfrist der Einwohner zum Haushalt“ bewusst vorgenommen wurde, oder ob es sich dabei nur um einen handwerklichen Fehler der Verwaltung handelte.

Als unglücklich empfanden wir auch den Umstand, dass die Fragestellungen im Rahmen der Hauswurfsendungen nicht identisch mit denen des Bürgerforums waren. So hat beispielsweise die CDU-Fraktion diese Lücke gezielt genutzt, um die Kürzungen bei den Betriebskosten der Jugendzentren zu begründen, obwohl diese

im Rahmen des Bürgerforums im Medio von knapp 98% der anwesenden Bürgerinnen und Bürger eindeutig abgelehnt wurden.

Unsere konkreten Wünsche für die zum nächsten Haushalt stattfindende Bürgerbeteiligung wären daher dezentrale Versammlungen in den Stadtteilen umrahmt von einem gesamtstädtischen Forum im Medio.

Während die Bürger in den Stadtteilen über ortsbezogene Auswirkungen des Haushalts informiert und beteiligt werden, sollen gesamtstädtische Themen im gesamtstädtischen Forum behandelt werden.

So kann zumindest vermieden werden, dass dezentrale Fragestellungen, wie zum Beispiel solche zum Ordenshof Auenheim, von Bürgerinnen und Bürgern behandelt werden, die den Ordenshof noch nicht einmal kennen.

Zum Umgang „Miteinander“, der so genannten Gesprächskultur bei der diesjährigen Haushaltsplanberatung hier einige Anekdoten.

„Wir werden mit allen sprechen und alle Ideen prüfen, ohne sie sofort abzulehnen. Wir wollen um Lösungen in der Sache streiten und auf Gefechte verzichten.“
„Mit allen über alles sprechen. Anders als früher wolle man Ideen und Vorschläge der Fraktionen vorbehaltlos prüfen“.

Wen glauben Sie, habe ich da zitiert. - Richtig, es war Herr Hübner, der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende am 20.10.2004 im Kölner-Stadt-Anzeiger und in der Kölnischen Rundschau.

Und jetzt, gerade Mal ein halbes Jahr später das Zitat eines aus der CDU-Fraktion ausgetretenen Mitglieds:

„Mich hat sehr gestört, dass gute Ideen vom politischen Gegner einfach unter den Tisch fallen gelassen wurden, ohne darauf einzugehen.“ so Ludwig Bodden, Kreisbrandmeister und ehemaliges CDU-Fraktionsmitglied.

Was sagen sie dazu Herr Düchting, Herr Hübner, Frau Hülsewig, die beiden Zitate liegen gerade mal ein halbes Jahr auseinander.

Und das ist nicht nur unsere Wahrnehmung, das ist die Wahrnehmung ihrer eigenen Fraktionsmitglieder.

Ihre Ankündigungen und Versprechungen vom Oktober 2004 waren leider nur Lippenbekenntnisse, denen sie keine Taten folgen ließen.

Aber jetzt auch mal mein eigenes persönliches Empfinden, beispielsweise aus den letzten Sitzungen des Haupt- und Personalausschusses und des Ausschusses für Wirtschaftsförderung und Liegenschaften.

Hier war mein konkreter Eindruck, dass die Anträge der SPD kategorisch abgelehnt wurden, weil man sich auf seine eigenen Vorschläge versteift hatte und davon nicht abweichen wollte.

Jeder Antrag der SPD wurde als Belästigung empfunden, durch den die Sitzung „unnötig“ verlängert wurde und bei dem man hätte im Haushaltsbuch blättern müssen.

Ich sage jetzt bewusst nicht, welchen Eindruck ich von Herrn Düchting und meiner Einschätzung zu dessen Sachkompetenz zum vorgelegten Haushaltsentwurf gewonnen habe.

Gleichwohl sollte es bei jedem neutralen Beobachter zu erheblichen Irritationen führen, wenn die Verwaltung etliche Fragen des Oppositionsführers nicht oder nur unzureichend beantworten kann und die Regierungsseite den Vorlagen der Verwaltung trotzdem oder gerade deshalb folgt. So geschehen in der letzten Sitzung des Haupt- und Personalausschusses.

Man gewinnt den Eindruck, es säße auf der Regierungsseite eine anonyme Masse von unkritischen und unselbständigen Parlamentariern (und ich mache diesmal nicht den Vergleich mit den possierlichen Lemmingen), die auch nicht in irgendeiner Weise geneigt sind, ihre Aufgabe gewissenhaft wahrzunehmen.

Da ich weiß, dass dies für den Großteil des Regierungslagers nicht zutrifft, habe ich weiter Hoffnung für die Zukunft.

Ein Satz sei in diesem Zusammenhang auch zu den Juniorpartnern der Regierungskoalition gesagt.

Einen wirklich weit reichenden und in seiner Tragweite nicht zu unterschätzenden Antrag haben wir beispielsweise von Ingo Schäfer vernommen.

Der Verkaufserlös von Holz soll nach dem Vorschlag des FDP-Fraktionsmitglieds Schäfer von 1.500 € auf 2.500 € erhöht werden.

Da wir die Tragweite dieses für die Stadt Bergheim immens wichtigen Antrags von Seiten der SPD direkt erkannt haben, haben wir dem Antrag unsres Freundes auf der falschen Seite selbstverständlich zugestimmt.

Auch die anderen Anträge von FDP und Co., wenn auch sehr selten, haben wir kritisch geprüft und haben ihnen zum Teil sogar zugestimmt.

Die Einbringung des Haushalts als solches am 21.02.2005 war viel zu spät.

Sie offenbart die Absicht des Kämmerers durch eine verspätete Haushaltsverabschiedung, wie sie am heutigen 30. Mai erfolgt, in der Übergangswirtschaft, also der Zeit ohne verabschiedeten Haushalt, versteckte Einsparungen vorzunehmen.

So sind zahlreiche Einnahme- und Ausgabe-Ansätze aus dem eingebrachten Haushalt inzwischen vollkommen überholt, da bereits 5 Monate aus dem Haushaltsjahr 2005 vergangen sind.

Und bis wann glauben sie bitteschön, wird dieser Haushalt genehmigt – im Juni, im Juli oder im August.

Ich glaube wir werden uns schneller mit der Verschiebung von Haushaltsresten aus dem Jahr 2005 beschäftigen, als das hier mal ein geordneter Haushalt vorliegt.

Vielleicht, lieber Herr Feith, sparen sie durch diese Vorgehensweise mal ein ganzes Haushaltsjahr ein und gehen so in die Analen der Stadt Bergheim ein.

Spaß bei Seite -

Wir fordern den Kämmerer dazu auf, den Haushalt für das Jahr 2007 bis spätestens zum Oktober des Jahres 2006 einzubringen.

Alles andere beschneidet den Rat und seine Gremien in einer aus unserer Sicht nicht zu tolerierenden Form. Es ist der CDU und ihren Juniorpartnern unbenommen, diese Beschneidungen hinzunehmen, wir von Seiten der SPD akzeptieren diese Vorgehensweise auf jeden Fall nicht.

Den Haushaltsentwurf als solches empfinden wir als nicht solide, da ihm zu optimistische Steuerschätzungen zu Grunde liegen

Ein solide und realistisch aufgestellter Haushalt sollte eher von geringeren Steuereinnahmen ausgehen, um tatsächlichen eintretenden Steuerausfällen begegnen zu können.

Der von ihnen vorgelegte Haushaltsentwurf beinhaltet diese Sicherheitsreserven nicht.

So hat die aktualisierte Steuerschätzung aus dem Monat Mai 2005 zu einer Verschlechterung gegenüber dem ursprünglichen Haushaltsansatz allein in der Position des Gemeindeanteils der Einkommenssteuer von 1.234 T€ geführt.

Während diesmal die gegenüber dem Haushaltsansatz reduzierte Kreisumlage in Höhe von 1.282 T€ noch zu einer Kompensation beitragen konnte, erwischt uns eine nächste schlechter ausfallende Steuerschätzung auf dem falschen Bein.

Auch eine Kompensation durch erhöhte Gewerbesteuerzahlungen ist dann nicht mehr zu erwarten, zumal bei der Gewerbesteuer bereits ein erhöhter Steuersatz beschlossen wurde beziehungsweise ein deutlicher erhöhter Betrag im Jahre 2006 angenommen wurde.

An einer Diskussion, unter welcher Landes-/Bundesregierung hier mehr oder weniger Steuereinnahmen zu erwarten sind, beteiligen wir uns nicht.

Wir verabschieden hier den Haushalt der Stadt Bergheim und sollten uns folgerichtig mit den Positionen beschäftigen, die wir selbst gestalten und beeinflussen können. Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bergheim lehnt nicht nur den Haushaltsplanentwurf ab, sondern auch den vorgelegten Stellenplan und die dazugehörigen Personalkostenansätze.

Das hat nicht nur inhaltliche, sondern auch formale Gründe.
So wurde der Stellenplan erst am 18.05.2005 und somit drei Monate nach der Einbringung des Haushaltes eingebracht.

Wenn man jetzt auf eine gesteigerte Deckungsgleichheit zwischen Personalkostenansätzen im Haushalt und faktischen Stellenbesetzungen gehofft hat, so musste man nach kurzer Lektüre feststellen, dass diese beiden Werke in weiten Strecken nicht zusammenpassen.

Exemplarisch seien hier die nachgereichten Einstellungen im Bereich der hauptamtlichen Feuerwehr, die zusätzlichen Einstellungen im Bereich der Wirtschaftsförderung und die eklatanten Abweichungen zum Bäderkonzept genannt.

So sollen nach der so eben verabschiedeten Fortschreibung des Bäderkonzeptes von 2005 bis 2006 fünf Mitarbeiter aus dem Bäderbereich in andere Bereiche der Verwaltung wechseln.

Wenn man sich aber den Stellenplan der Verwaltung anschaut, sind es bei der Stellenplanentwicklung im Bäderbereich für das Jahr 2006 alleine 8,46 Stellen, die in andere Bereiche wechseln.

Konkrete Nachfragen, was mit den einzelnen Stelleninhabern passiert – und schließlich handelt es sich hier um Menschen – werden nur unzureichend beantwortet.

Zu den formalen Gründen der Ablehnung gehört auch, dass nach eigenen Aussagen nicht für alle Mitarbeiter Stellen- und Funktionsbeschreibungen vorliegen. Außerdem wird nur ganz sparsam und oberflächlich mit so genannten KU- und KW-Vermerken umgegangen. KU heißt künftig umwandeln und KW heißt künftig wegfallend.

Nicht das die SPD jetzt falsch verstanden wird, dass wir wollen, dass mehr Stellen wegfallen.

Ganz im Gegenteil, wir wollen, dass die simplen Mittel zur Personalplanung herangezogen werden, um auch Ausblicke über die zukünftige Personalstruktur der Verwaltung geben zu können um den Mitarbeitern mehr Sicherheit zu vermitteln.

Wenn eine Hausmeisterstelle wegen der Zusammenlegung von zwei Schulen wegfallen soll, dann wollen wir das nicht erst erfahren, wenn einer der betroffenen Hausmeister in Rente geht, sondern wir wollen das im Rahmen einer geordneten und langfristig nachvollziehbaren Personalplanung erfahren.

Die Verwaltung soll gegenüber der Politik und insbesondere gegenüber ihren eigenen Mitarbeitern ehrlich sein und nicht weiter den Eindruck erwecken, als handele man von der Hand in den Mund.

In diesem Zusammenhang müssen auch die Fallzahlvorgaben genannt werden. So mutet es schon sehr ungerecht an, wenn man Vorgaben für Fallzahlen nur aus dem Bereichen der Gebäudereinigung, der Abfallwirtschaft oder der Abteilung

Soziale Hilfe kennt, während in den anderen Bereichen keine Vorgaben gemacht werden.

Aber wie will man auch konkrete Vorgaben machen, wenn noch nicht einmal durchgängig Stellen- und Funktionsbeschreibungen vorliegen.

Auch hätte die SPD-Fraktion gerne das zeitlich veränderte Verhältnis zwischen Vorgesetzten und Untergebenen beziehungsweise zwischen Häuptlingen und Indianern gewusst.

Unser subjektiver Eindruck, der zum Teil durch die Aussagen der Verwaltung bestätigt wird, ist zumindest, dass in den letzten Jahren insbesondere bei den Arbeitern und kleinen Angestellten Personal eingespart wurde, während die Personalausstattung im Bereich der Vorgesetzten kaum Änderungen unterworfen war.

Ungeachtet der statistischen Zahlen, die uns die Verwaltung hoffentlich in Kürze liefern wird, fordern wir schon jetzt, dass die Stelle des technischen Beigeordneten nach dessen Ausscheiden nicht mehr besetzt wird.

Für die verbleibenden Beigeordneten nur soviel, dass ich es mir als Fraktionsvorsitzender vorbehalte, meine Empfehlung zur Wiederwahl oder Nichtwahl davon abhängig zu machen, ob sie, die verbleibenden Beigeordneten, bis zu dem jeweiligen Termin ihrer Nachwahl ihren Wohnort nach Bergheim verlegt haben.

Ich empfinde es als eklatante Missachtung unserer Heimatstadt, dass keiner unserer drei Beigeordneten seinen Wohnort in Bergheim hat.

Ich empfinde es in diesem Zusammenhang als befremdlich, ein Gerücht zu hören, dass eben diese Beigeordneten bei der nächsten Karnevalssession ein Dreigestirn unter der Prinzenführerschaft von – und das ist nicht despektierlich gemeint – Mariechen Pfordt stellen wollen.

Wir, die SPD-Fraktion, haben auch kein Verständnis für die erst vor kurzem beschlossenen Gehaltserhöhungen der Beigeordneten Feith und Ludes im Anbetracht unserer desolaten Haushaltssituation.

Unsere ablehnende Haltung zum Stellenplan ist aber weniger in der Höhergruppierung der Beigeordneten begründet, als vielmehr in der Absicht Reinigungskräfte abzubauen und diese durch Fremdfirmen zu besetzen.

Hier appellieren wir an die Fürsorgepflicht der Bürgermeisterin als Arbeitgeberin, diesem Vorhaben einen Riegel vorzuschieben, sich entschieden für eine Tariftreue auch bei den Reinigungskräften einzusetzen und dem Kahlschlag der Verwaltung beim eigenen Personal ein Ende zu bereiten.

Gerne sind wir bereit, bei einer Optimierung der Gebäudereinigung mitzuwirken, wenn dadurch die Stadt Bergheim auch langfristig als Arbeitgeber für Putzfrauen und Putzmänner erhalten bleibt.

Schließlich soll sich jeder städtische Mitarbeiter mit der freien Wirtschaft messen, ohne dabei seinen Arbeitsplatz verlieren zu müssen.

Die Kritik der SPD richtet sich im Personalhaushalt auch gegen die personelle Ausstattung des Bürgermeister- und Ratsbüros.

Gemeinsam mit Ihnen Frau Bürgermeisterin sind in diesem Bereich alleine 8 Personen beschäftigt.

Hier würden wir uns, ähnlich wie bei dem Verdienstaufschlag der Ratsvertreter, einen interkommunalen Vergleich mit anderen Städten vergleichbarer Größe wünschen.

Da sie uns mit ihrer eigenen und den Stimmen der Mehrheitsfraktionen diesen Vergleich aber verweigert haben, fordern wir jetzt eine Verschlingung des Bürgermeister- und Ratsbüros zugunsten der Stadtbücherei, wo aus unserer Sicht dringend zusätzliches Personal benötigt wird.

Gerne revidieren wir unsere Forderung nach Verschlingung des Bürgermeister- und Ratsbüros, wenn sie uns die entsprechenden Vergleichszahlen mit den anderen Kommunen liefern.

Kommen wir jetzt zu den Ratsvertreterinnen und Ratsvertretern.

Hier hätten wir uns, als es um die Reduzierung des Verdienstaufschlags, der Sitzungsgelder und der Fraktionsmittel ging, eindeutig mehr Mut aus den Reihen der CDU und ihrer Koalitionäre gewünscht.

Während die SPD hier zu Einsparung von über 40.000 € bereit war, brachten die Vorschläge der CDU gerade mal eine Verbesserung von 2.900 € ein.

Bergheim bleibt damit beim maximalen Verdienstaufschlag an der Spitze der Kommunen des Rhein-Erft-Kreises. Und wie schon in den Sitzungen des Rates vom 25. April 2005 mahnen wir auch jetzt an, sich nicht in wirtschaftliche Abhängigkeit zu Aufwandsentschädigungen und Verdienstaufschlag zu begeben.

Jeder von uns Ratsvertretern muss von heute auf morgen auf diese Zahlungen verzichten können, ohne dass dadurch seine wirtschaftliche Existenz gefährdet wird.

Als bemerkenswert haben wir in diesem Zusammenhang die Berichterstattung der lokalen Medien empfunden.

Während Diskussionen über Diäten in Landtagen und im Bundestag stets die ersten Seiten füllen, war die Information, dass einige wenige Ortsvorsteher sogar bei Geburtstagsbesuchen, wo sie von den Jubilaren zu Kaffee und Kuchen eingeladen werden, Verdienstaufschlag geltend machen keine Zeile wert.

Ein weiterer Grund, den städtischen Haushalt abzulehnen, ist die Erhöhung des Zinssatzes bei der Verzinsung des Anlagekapitals im Bereich der Gebührenhaushalte im Jahr 2006 von 5% auf 6%.

Während der tatsächliche Zinssatz bei etwa 4% liegt, greift die Kämmerei mit dieser Erhöhung zu Lasten der Gebührenzahler in die „Trickkiste“, vergisst dabei aber völlig, sich einem erhöhten Prozessrisiko auszusetzen.

So steht in den Erläuterungen zu dieser Haushaltsstelle explizit, dass die Zinserhöhung einen Beitrag zu Haushaltskonsolidierung darstellt. Diese Erläuterung und Begründung hält die SPD-Fraktion für fahrlässig. Fragt sich jetzt nur, mit welcher Begründung Ende des Jahres 2005 die Gebühren für das Jahr 2006 festgesetzt werden sollen.

Nach der Berechnungen der SPD-Fraktion erhöhen sich nämlich schon mit dem heutigen Beschluss die Gebühren im Abwasserbereich zum 01.01.2006 um mindestens 5%, vorausgesetzt die Zinserhöhung wird nicht durch eine Rücklagenentnahme kompensiert.

Auch die Raumbelagung der städtischen Verwaltung war Gegenstand verschiedener SPD-Anfragen.

Schließlich verlassen uns in Kürze mindestens 17 städtische Mitarbeiter in Richtung ARGE und auch in der Vergangenheit wechselten schon zahlreiche Mitarbeiter aus dem Rathaus in das neu gebaute Verwaltungsgebäude der Stadtwerke „Am Sodagraben“.

Gerne hätten wir den Unterschied zwischen erforderlichem und tatsächlichem Raumbedarf in Erfahrung gebracht, wurden aber auch hier von den Mehrheitsfraktionen kategorisch abgeblockt.

So stellen wir die Fragen weiter nach Raumüberhängen und Quadratmetern pro Mitarbeiter in der Hoffnung irgendwann konkretes Zahlenmaterial zu erhalten. Bis uns dieses Zahlenmaterial zur Verfügung liegt, stellen wir daher weiter die Forderung nach der gewerblichen Vermietung von städtischem Büroraum als zusätzliche Einnahmequelle für den städtischen Haushalt.

Die „Offene Ganztagschule“, das „Bäderkonzept“, die neue „Feuer- und Rettungswache“, das Stadteilprojekt „Bergheim-Süd-West“, der Erweiterungsbau an der Bergheimer Hauptschule und das neue Einkaufszentrum, all das sind Projekte und Maßnahmen, die wir als Opposition unterstützen und mittragen.

Wenn wir gleich aus genannten Gründen gegen den Haushalt stimmen, so können sie Frau Bürgermeisterin aber versichert sein, dass wir außerhalb der Haushaltsverabschiedung hier mit ihnen an einem Strang ziehen.

Eine kritische Begleitung dieser Projekte bleibt hiervon allerdings unberührt.

So mahnen wir bei der Einrichtung der Offenen Ganztagschule auch die Berücksichtigung der kleinen Remigiusschule an.

Gegebenenfalls kann hier eine erneute Befragung, diesmal notwendigerweise auch mehrsprachig, zu einem anderen Ergebnis führen.

Ein kleiner Seitenhieb sei hier in Richtung Frau Hülsewig und Frau Keller erlaubt, die das Konzept der Offenen Ganztagschule, teilweise sogar unterstützt durch die Verwaltung, permanent bemängelten und kritisierten.

Wieso meine Damen haben sie der Einrichtung der Offenen Ganztagschule in Bergheim überhaupt zugestimmt, wenn sie das Konzept doch für so unzureichend halten.

Wollen sie für unsere Kinder etwas Schlechtes, oder haben sie einmal mehr nur propagandistische Landespolitik im Kopf gehabt?

Ich bin gespannt, ob die neue Landesregierung unter einem Ministerpräsidenten Rüttgers jetzt das Konzept der Offenen Ganztagschule wieder über den Haufen wirft und sie meine lieben Damen ihrem Landeschef ohne Widerspruch folgen werden.

Das Bäderkonzept wird von uns mitgetragen, ungeachtet dessen das es Maßnahmen beinhaltet, wie die Schließung und den Abriss des Kennedybades beziehungsweise die Schließung der Glescher Kleinschwimmhalle.

Für uns wäre es an dieser Stelle sehr einfach gewesen, wie seiner Zeit die CDU in Niederaußem, dagegen zu stimmen, Flugblätter zu verteilen und diffamierende Plakate aufzustellen.

Ja, ich rede von ihnen Herr Kremer, Herr Orth und Herr Hübner. Ihnen war seiner Zeit jedes, aber auch jedes Mittel Recht in die unterste Schublade der kommunalen Wahlkampfführung zu greifen.

Dass wir das nicht machen, liegt an der Einsicht und Überzeugung langfristige Haushaltskonsolidierung zu betreiben und nicht nur auf den nächsten Ortsteilwahlkampf zu linsen.

Wie schon im Fachausschuss betont muss beim Bäderkonzept allerdings sicher gestellt sein, dass die Umbaumaßnahmen in Freizeitpark Süd-West noch in dieser Freibadsaison beginnen und Anfang des nächsten Jahres abgeschlossen sind. Anderenfalls fühlen sich nicht nur die Bürgerinnen und Bürger, sondern auch die SPD-Fraktion verschaukelt.

Konsequenter Weise würden wir das Bäderkonzept dann auch nicht weiter mittragen. Beim Fortunabad mahnen wir die Stadtverwaltung an, sich selbständig bei Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit zu informieren, ob und in welchem Umfang Fördermittel für das so genannte Membrandach fließen.

Hier halten wir das Verhalten der Stadtverwaltung für extrem fahrlässig, sich einzig auf die Aussagen eines abhängigen Dritten, nämlich der Firma Kplan, zu verlassen.

Der entscheidende Durchbruch bei der Realisierung der Feuer- und Rettungswache ist nicht zuletzt drei unerschrockenen Stadträten, namentlich Hermann-Josef Falterbaum, Hubert Orth und Ludwig Bodden zu verdanken.

Ihr unkonventionelles Verhalten, Verwaltungstermine ohne Verwaltung wahrzunehmen, zeigt einmal mehr dass der Rat der Stadt Bergheim zu mehr in der Lage ist, als nur überholte Haushaltsansätze abzunicken.

Beim geplanten Einkaufszentrum in Bergheim-Mitte, der so genannten „Großen Lösung“, wird die SPD-Fraktion alles tun, was das Verfahren beschleunigt.

Sie wissen, dass wir anfangs die kleine Lösung präferiert haben, weil wir zunächst nicht an die Umsetzung eines so großen Projektes in unserem kleinen beschaulichen Bergheim glaubten.

Aber mal ganz ehrlich, richtig glauben tun die Meisten doch erst dann an das Große Kaufhaus, wenn die Bagger rollen und das Postgebäude und den alten Rupprecht abreißen.

Wenn ich die Berichterstattung in den lokalen Medien richtig in Erinnerung habe, soll mit dem Abriss noch morgen begonnen werden, oder habe ich da etwas falsch verstanden Frau Bürgermeisterin.

Auch die Wiedereinführung der Parkscheinautomaten ist letztendlich ein gemeinsames Projekt aller Parteien, mit dem kleinen, aber feinen Unterschied, dass die CDU bisher immer dagegen und die SPD immer dafür war.

Was diesen kleinen, aber feinen Unterschied ausmacht, will ich Ihnen sagen.

Über 1.2 Mio. Euro, die sie meine lieben Damen und Herren der CDU wider besseren Wissens nach der Abschaffung der Parkscheinautomaten im Jahre 1999 nicht vereinnahmt haben.

1.2 Mio. Euro, die dem städtischen Haushalt jetzt fehlen,

1.2 Mio. Euro, die wir ganz dringend für den Sport-, den Kultur und insbesondere den Kinder- und Jugend-Bereich benötigt hätten.

1.2 Mio. Euro, die sie in den Wind gesch – und jetzt führe ich nicht weiter aus.

Im Sport- und Kulturbereich waren wir, zumindest was die Beteiligung der Vereine an den Betriebskosten der städtischen Einrichtungen angeht, auch nicht weit von einander entfernt.

Wir sind auch der Überzeugung, dass die Vereine nach ihren Möglichkeiten an den Betriebskosten beteiligt werden.

Unser entscheidender Vorbehalt ist: „nach ihren Möglichkeiten“.

Da, wo schon erhebliche Anstrengungen seitens der Vereine unternommen wurden und werden, sollte erst gar keine neue Diskussion geführt werden, da, wo die Vereine keine Möglichkeiten zu Einsparungen haben, sollte auf eine Betriebskostenbeteiligung beziehungsweise ein Nutzungsentgelt verzichtet werden und da, wo Vereine noch Potentiale für Einsparungen und Beteiligungen haben, sollen durchaus Verhandlungen mit dem Ziel der Haushaltsverbesserung geführt werden.

In der Konsequenz heißt dies, dass individuelle Lösungen, abgestimmt auf die jeweiligen Bedürfnisse der Vereine, gefunden werden müssen.

Das Überstülpen einer Nutzungsentgeltordnung, so sehr wir das Regelungsbedürfnis seitens der Verwaltung nachvollziehen können, halten wir in der vorgelegten Form für nicht geeignet.

Der Hauptgrund für unsere ablehnende Haltung im Ausschuss ist aber ein anderer.

Sie meine Damen und Herren von der Regierungsbank haben nämlich konkrete Zahlen für Nutzungsentgelte in den Haushalt eingestellt, nämlich exakt 95 T€ für das Jahr 2005, 207 T€ für das Jahr 2006 und 270 T€ für die Jahre 2007 und folgende.

Mit diesen Haushaltansätzen haben sie die Ergebnisse der Verhandlungen mit den Vereinen vorweggenommen, ja sie haben sogar schon ein Preisgleitklausel, eine Steigerung der Nutzungsentgelte vom Jahr 2006 zum 2007 mit über 30% eingearbeitet.

Diese Vorgehensweise halten wir im höchsten Maße für unseriös.

Ein kleiner Trost bleibt allerdings den Vereinen, die Nutzungsentgeltordnung wurde nicht beschlossen, sondern lediglich als Konzept anerkannt.

Sie ist somit für die Vereine nicht bindend! Keine muss sich an sie halten.

Weitere Gründe für unsere ablehnende Haltung zum städtischen Haushalt sind die Luftbuchungen im Vermögenshaushalt, was den Verkauf von bebauten und unbebauten städtischen Liegenschaften angeht.

So seien hier nur ganz exemplarisch einige Verkaufsabsichten beleuchtet.

Das Grundstück Beisselstr., wer sich nicht genau auskennt - gemeint ist das Gelände des ehemaligen Polizeigebäudes, heute ein Schlaglochparcour, sollte bereits vor einigen Jahren verkauft werden.

Hier befinden sich voraussichtlich Bodendenkmäler, die bei einer Bebauung zu erheblichen Verzögerungen und Kosten führen würden.

Dennoch wird der Verkaufserlös des Jahres 2004 unverändert angesetzt.

Für den Erlös aus dem Verkauf von Kinderspielplätzen werden bis zum Jahr 2007 pauschal 1.020 T€ angesetzt, obwohl noch niemand die Flächen kennt, der Fachausschuss das Vorhaben abgelehnt hat und überhaupt nicht klar ist, ob die Flächen bei einem anstehenden Verkauf auch tatsächlich unter den Hammer kommen.

Anders ist es hier schon mit dem Verkauf von städtischen Liegenschaften im Bereich der „Alten Gärtnerei“ in Oberaußem.

Hier ist es ganz offensichtlich, dass die geplanten Verkaufserlöse im Jahr 2006 in Höhe von knapp 1 Mio € nicht zu erzielen sind.

Last but not least seien die geplanten Immobilienverkäufe an der Kirchstr. im Bergheimer Dorf, an der Bergheimer Straße in Oberaußem und an der Domackerstr. in Quadrath-Ichendorf genannt.

Während man bei der Kirchstr. wider besseren Wissens den bisherigen Nutzern, der freiwilligen Feuerwehr, dem Frauentreff und der SPD schon vor Jahresfrist gekündigt hatte, bleibt man heute auf der Immobilie sitzen.

Schade nur, dass die Anmietung einer anderen Immobilie durch die freiwillige Feuerwehr den städtischen Haushalt seit dem mit Mietausgaben belastet.

Auch bei dem Objekt „Domackerstr.“, das ist die Fläche des Betriebshofes in Quadrath-Ichendorf, ist wohl eher der Wunsch eines Verkaufs der Vater des Gedanken.

Hier sollte man die bisherigen Fehler vermeiden, und den Betriebshofstandort erst dann auflösen, wenn der Verkauf der Fläche perfekt ist. Anderenfalls nimmt die Stadt auch hier wirtschaftlichen Schaden.

Zu guter Letzt der angesetzte Verkaufserlös von 400 T€ für die „Alte Schule“ an der Bergheimer Straße in Oberaußem. Halten Sie diesen Verkaufserlös für realistisch, Herr Kämmerer?

Als Resümee und Vorschlag für die Zukunft an den Kämmerer.

Haushaltsausgleich durch Erlöse aus pauschalem Grundstücksverkauf, egal ob die Flächen zur Verfügung stehen und/oder dann tatsächlich gekauft werden. Das klappt immer. Das ist zwar nicht seriös, wird aber wahrscheinlich von den Genehmigungsbehörden en passant übersehen.

Eine zusätzliche Idee für zukünftige Grundstücksverkäufe haben wir ja bereits geliefert, der Verkauf von Überhangsflächen der städtischen Friedhöfe.

Ein Kernpunkt unserer Forderungen zum diesjährigen Haushalt ist die schnellstmögliche Rückführung der Stadtwerke Bergheim GmbH in eine nach den Grundsätzen der Eigenbetriebsverordnung des Landes NW zu führende eigenbetriebsähnliche Einrichtung.

Nachdem der private Partner zum 30.11.2003 ausgeschieden ist, eine Kooperation mit der Stadt Kerpen offensichtlich nicht mehr in Frage kommt und auch sonst von niemandem mehr die Forderung erhoben wird, einen neuen externen Partner aufzunehmen, ist die Rückführung in einen Eigenbetrieb schlüssig und richtig.

So können nach unseren Berechnungen alleine 576 T€ im Bereich der Umsatzsteuer und 240 T€ im Bereich der Gewerbe- und Körperschaftssteuer jährlich eingespart werden, wenn wir uns für die Rückführung zum Eigenbetrieb entscheiden.

Diese Einsparungen kommen nicht nur dem allgemeinen Haushalt zu Gute, sondern entlasten zu einem größeren Teil auch die Gebührenzahler.

Bei unserer Meinung stützen wir uns insbesondere auf die gutachterliche Stellungnahme von Wirtschaftsprüfer Dr. P. Kraushaar und Rechts-Anwalt Dr. P. Kamphausen, Krefeld/Düsseldorf aus dem Jahr 1998.

Demnach kommen die Gutachter zu dem Ergebnis, dass die Eigengesellschaft, so wie sie derzeit seit dem Ausscheiden des RWE existiert, von den vier untersuchten Rechtsformen die deutlich unwirtschaftlichste ist.

Hierzu heißt es wörtlich „Keinesfalls ist – das gilt auch für den hier zu beurteilenden Sachverhalt – zu erwarten, dass die zwangsläufig rechtsformbedingten Mehrbelastungen im steuerlichen Bereich durch Optimierungen und Kostensenkungen ausgeglichen oder gar überkompensiert werden können.“

Der Schwerpunkt in der diesjährigen Haushaltsplanberatung, ist die Verabschiedung des Etats im Bereich Kinder, Jugend und Familie.

Während die Haushaltsansätze der Verwaltung im Schulbereich keinen oder nur geringen Kürzungen unterworfen waren, hatte die Verwaltung im Kinder- und Jugendbereich massive Einsparungen vorgeschlagen.

So unterbreitete die Verwaltung den Vorschlag, den Zuschuss für die Jugendzentren im Jahr 2006 um 97.000 € zu kürzen, wohl wissend, dass das das Aus für ein komplettes Jugendzentrum bedeuten kann.

Dieser unpopuläre Vorschlag der Verwaltung wurde als konkrete Einsparmaßnahme den Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen des Bürgerforums am 09. März 2005 vorgestellt.

Wer jetzt allerdings glaubte, die Bürgerinnen und Bürger, wären den Vorschlägen der Verwaltung gefolgt, der musste sich eines besseren belehren lassen.

97,7% der Befragten stimmten gegen eine Reduzierung der Förderung der Jugendeinrichtungen.

An keiner anderen Stelle gab es ein so deutliches Votum.

Die Kölnische Rundschau vom 11.03.2005 titelt hierzu: „Klares Votum, Hände weg von Jugendzentren“, weiter heißt es „Insbesondere die Vorschläge, die Förderung von Jugendeinrichtungen zu reduzieren und die Zuschüsse für Jugend- und Seniorenarbeit zu streichen, stießen auf klare Ablehnung.“

Und Bürgermeisterin Maria Pfordt ließ sich in dem gleichen Artikel mit den Worten zitieren: „Der Rat kommt an diesem Bürgerwillen nicht mehr vorbei. Jetzt kann man sich über Themen und nicht über Parteien positionieren“.

Schade eigentlich Frau Bürgermeisterin, dass Ihre Partei, und jetzt muss ich leider deutlich werden, sich einen feuchten Kehricht um die Bürgermeinung, Ihre persönliche Meinung und die Meinung des Fachausschusses kümmert. Sowohl Sie Frau Bürgermeisterin, denn schließlich haben sie auch eine Stimme im Rat der Stadt Bergheim, als auch die Bürgerinnen und Bürger, als auch die Fachleute im Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie haben sich klar gegen diese Kürzungen ausgesprochen.

Die CDU führt Sie, das Bürgerforum und den Fachausschuss ad absurdum, wenn dieses eindeutige Votum nicht gehört wird.

Wir beantragen daher heute, über diese konkrete Haushaltsstelle erneut abstimmen zu lassen und den Ansatz für das Jahr 2006, wie vom Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie gefordert, mit 390.100€ festzusetzen.

Selbstverständlich verbinden wir mit diesem Sach-Antrag den Geschäftsordnungsantrag einer namentlichen Abstimmung.

Als Deckungsvorschlag beantragen wir eine Reduzierung der Geschäftsbesorgungsentgelte durch die Stadtwerke in den Haushaltsstellen ...

Wer jetzt abschließend noch mal eine Zusammenfassung aller Punkte, eine pauschale Attacke gegen Bürgermeisterin, Verwaltung und CDU erwartet hat, den muss ich enttäuschen.

Wir haben an der Verabschiedung des diesjährigen Haushaltes konstruktiv mitgewirkt.

Die Einsparvorschläge der SPD-Fraktion gehen mit knapp 250 T€ im Haushaltsjahr 2005 und 400 T€ im Haushaltsjahr 2006 über die Einsparvorschläge der Verwaltung hinaus.

Wir lehnen den Haushalt aber aus besagten Gründen ab.

Glück Auf und Danke schön!